

Gemeinden handeln: Trinkwasser für alle

Solidarit'eau suisse ist eine Gemeindeinitiative, die 2007 von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) lanciert wurde. Auf der Internetplattform finden Schweizer Gemeinden geprüfte Trinkwasserprojekte, die sie mitfinanzieren können. Bis heute engagieren sich so bereits über 70 Schweizer Gemeinden und Wasserwerke für die internationale Wassersolidarität.

Die Schweiz ist das Wasserschloss Europas. Jeder Haushalt hat jederzeit hochwertiges Trinkwasser zur Verfügung. Ganz anders sieht es in benachteiligten Regionen der Welt aus. Weltweit haben über 800 Mio. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Rund 2 Millionen Menschen, mehrheitlich Kleinkinder, sterben jährlich an Krankheiten, die auf mangelnde Wasserqualität zurückzuführen sind. Die UNO-Generalversammlung hat Ende Juli 2010 den Zugang zu Wasser als Menschenrecht anerkannt hat – auch die Schweiz hat zugestimmt. Seit 2007 engagieren sich Schweizer Gemeinden im Rahmen

von Solidarit'eau suisse dafür, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser in Dörfern in verschiedenen Entwicklungsländern verbessert wird. Die Gemeinden und Wasserversorgungen spenden



Weltweit haben über 800 Mio. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bild: zvg

einen Beitrag in der Höhe von rund einem Rappen pro Kubikmeter Wasser für ein Wasserprojekt, das auf der Plattform www.solidariteausuisse.ch aufgeschaltet ist. Eine Schweizer Hilfsorganisation

setzt das Projekt um, sobald es finanziert ist. So erhalten viele Tausend Menschen dank der Unterstützung von Schweizer Gemeinden und Wasserversorgungen einen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bereits machen über 70 Schweizer Gemeinden mit. Die Gemeinden können so einen handfesten Beitrag zur Verringerung der Weltarmut leisten. Gleichzeitig tragen sie aktiv zur Erreichung des Ziels Nummer 7 der Millenniumsziele der UNO bei. Diese wollen bis 2015 die Armut auf der Welt halbieren. Im Ziel Nummer 7 geht es konkret um die Halbierung der Anzahl Menschen ohne gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Monika Trost, Solidarit'eau suisse

Informationen: www.solidariteausuisse.ch

Zusammenleben im ländlichen Raum

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) fördert im Rahmen des Programms «Periurban – Zusammenleben im ländlichen Raum» regionale Projekte, die das Zusammenleben im ländlichen Raum stärken. Sechs Regionen haben bereits Erfahrungen gesammelt. Gesucht sind Gemeinden, die Projekte realisieren möchten.

2008 hat die EKM verschiedene Gemeinden in ländlichen Regionen eingeladen, Projekte zu entwickeln, die das Zusammenleben festigen. Glarus Süd packte diese Chance und förderte mit dem Projekt «Glarus Süd sind wir» den Austausch unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und stärkte die regionale Vernetzung. Martin Staub, Leiter dieses Projektes: «Das Martinsloch ist heute ein Unesco-Weltnaturerbe – daraus zieht das Glarnerland Kapital. Trotz dem ländlichen Charakter war und ist der Kanton Glarus ein Industriekanton mit einer Vielzahl von Beschäftigten in Industrie- und Gewerbe.» Mit dem Projekt «Glarus Süd sind wir» sei das Kulturerbe ins Zentrum gerückt, und die Aktivitäten hätten dazu beigetragen, die

Identität mit der neuen Gemeinde Glarus Süd und den Zusammenhalt der Bevölkerung zu entwickeln. Auch das Freiamt, das Rheintal, das Chablais und die Broye sind der Einladung der EKM gefolgt und haben Projekte entwickelt, die auf die Bedürfnisse der Bewohner/innen der jeweiligen Region zugeschnitten sind.

Jetzt erneuert die EKM ihr Angebot. Angesprochen sind Gemeinden in den Regionen Altdorf-Erstfeld, Berner Jura, Delémont, Fricktal, Greyerzerland, Herisau-Gossau, Flawil-Uzwil, Laufental, Mendrisiotto, Porrentruy, See-Gaster, Sierre-Sion, Sursee-Willisau, Wolhusen-Entlebuch, unteres Toggenburg (Wattwil-Ebnat-Kappel), Val-de-Travers und Weinfelden-Amriswil. Die EMK lädt

Gemeinden und regionale Planungsvereinigungen ein, Projekte zu entwickeln und durchzuführen. Angesprochen sind Interessierte, die das freiwillige Engagement stärken, das Zusammenleben der Bevölkerung festigen und die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ausbauen wollen. Der Bund übernimmt bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten; Gesuche können bis zum 15. September eingereicht werden.

Pascale Steiner, Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen

Informationen: «Periurban – Zusammenleben im ländlichen Raum», Ruth K. Tennenbaum, Telefon 031 325 95 30, www.ekm.admin.ch